Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Posen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Nr. 844

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 1. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 30. November, 12 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)
(Schluß.)

Reichskanzler Graf **Caprivi**: Der Abg. Richter hat mich in einer Weise angegriffen, die, wenn ich ihr irgend eine Berechtigung zuerkennen sollte, für mich die denkbar schärfste sein müßte. Er hat die Behauptung aufgestellt, ich folgte dem Grundsatz, der Zweck heilige die Mittel, ich hätte aus Schwarz Weiß gemacht. Der Abg. Richter hat sich dabei auf meine Rede im vorigen Jahre gestützt, aber nur diejenigen Stellen aus dem Zusammenhang gerissen, die ihm paßten. Ich habe damals gesagt, ich sei nicht Willens, die Nation zu beunruhigen. Denselben Standpunkt habe ich in meiner jetzigen Rede festgehalten, ich habe Alles vermieden, was beunruhigen könnte, ich habe nicht Alarm geblasen, sondern ich habe die schlafenden Truppen aufwecken lassen, damit sie sich Waffen und Munition ansehen und sich dann wieder zur Ruhe legen. Der Abg. Richter hat mir unterstellt, ich hätte den Werth der italienischen Bundesgenossenschaft heruntergezogen, ich hätte gesagt, Italien sei zu nichts da, als Oesterreich-Ungarn den Rücken zu decken. Ich rufe das Haus zum Zeugen auf, ob ich derartiges gesagt habe. Ich soll weiter einen ungerechten Ausspruch gegen den Reichstag in Bezug auf seine Verdienste um die Vermehrung und Verstärkung des Heeres gethan haben. Ich habe das vorige Mal ausdrücklich hervorgehoben, daß von der Verwaltung und dem Reichstag das Mögliche geschehen ist, um die Armee in einen guten Zustand zu setzen. Dasselbe kann ich von der freisinnigen Partei nicht sagen (Heiterkeit rechts). Sie hat der Festsetzung der Friedenspräsenzstärke in der Verfassung des Norddeutschen Bundes mit 15 Stimmen widersprochen, 2 waren dafür, sie hat widersprochen den Gesetzen vom 9. September 1871, vom 6. Mai 1880, vom Jahre 1886, vom 27. November 1890. Einzig dem Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke, vom Jahre 1888, hat sie nicht widersprochen. Der Abg. Richter hat mir vorgeworfen, ich hätte unsere Schwäche zu sehr bloßgelegt. Ich möchte nach den Ausführungen des Abg. Richter wissen, wie ich diese Vorlage überhaupt vertheidigen soll? (Lachen im Zentrum und links.) Wie soll ich anders nachweisen, daß unsere Kräfte ungenügend sind, als in dem ich den Schleier von einigen Blößen unserer Organisation wegziehe? Der Abg. Richter ist der Ansicht, bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit bekommen wir ohne Weiteres mehr Soldaten. Wenn wir den Spieß umkehren, müßten wir sagen: wir geben auch zu, der jetzige Zustand sei unhaltbar, aber wir wollen Kompensationen; erhalten wir sie nicht, was bleibt uns übrig, als bei der vollen dreijährigen Dienstzeit zu bleiben, und keine Dispositionsurlauber mehr zu entlassen, ohne zu fragen, was aus Deutschland wird. (Unruhe links.) Die verbündeten Regierungen werden diesen Ausweg, wie ich annehme, nicht beschreiten. Die ver- verstümmelte dreijährige Dienstzeit wirkt ja sehr verschieden, aber nachtheilig wirkt sie auf alle Fälle. Wir gewähren die zweijährige Dienstzeit immer unter der Voraussetzung, daß wir die nothwenigen Kompensationen erhalten. Wir legen besonderen Werth auf die Verjüngung des Heeres. Bei dem jetzigen Zustand bleiben 120 000 junge Leute zu Hause hinter dem Ofen, während alte Leute herangezogen werden. Das ist ein militärischer, wirthschaftlicher und finanzieller Fehler. Der Abg. Richter meinte, die Reservedivisionen setzten sich aus Reservisten zusammen. Da sieht man, man kann ganz gute politische A-B-C-Bücher schreiben, aber man kann in militärischen Dingen beim A-B-C stehen bleiben. (Heiterkeit rechts.) Die Sache liegt so, daß, die Garde ausgenommen, keine Reservedivision aus Reservisten zusammengesetzt ist. Der Abg. Richter hat sich wohl die französischen regiments mixtes zu seinem Urtheil verleiten lassen. Alles, was in Reservedivisionen kommt, ist Landwehrmann ersten Aufgebots. Die Landwehr zweiten Aufgebots wird zum größten Theil am ersten Mobilmachungstag mobil. Die Behauptung, unsere Armee sei wegen ihrer Kriegsorganisation zu schwach, zu alt, zu lose geworden, halte ich vollkommen aufrecht, darin liegt kein Tadel. Ich habe auch keine Aeußerung gethan, als ob ich vom deutschen Soldaten geringer denke, als von irgend einem Soldaten der Welt. Wir wollen lediglich eine Verstärkung, Verjüngung, Verbesserung. (Beifall rechts.)

Schatzsekretär Frhr. **v. Maltzahn**: Daß der Abg. Richter einen Widerspruch zwischen der Thronrede und dem Etat konstruirt, kann nur darin seinen Grund haben, daß er den Wortlaut des betreffenden Satzes der Thronrede nicht beachtet hat. Es steht gar nicht in der Thronrede, daß die gemeinsamen 356 Millionen Matrikularbeiträge durch die 349 Millionen Ueberweisungen gedeckt werden sollten. Es bleiben 9 983 563 Mark, welche keineswegs gemeinsam getragen werden, sondern von den Staaten, welche nicht zur Brausteuergemeinschaft gehören und eigene Postverwaltung haben. Aus den Ueberweisungen verbleiben hiernach noch 3 387 767 Mark. Der Abg. Richter hat unter der Heiterkeit eines Theiles des Hauses es dargestellt, wie der Schatzsekretär mit dem Hut in der Hand im Land herumgezogen sei und die Finanzminister der Einzelstaaten um gütige Belehrung ersucht habe, wo wir die Einnahmen finden könnten. Diese Darstellung ist eine völlig irrige. Als ich mit den Finanzministern der Einzelstaaten in Verhandlung trat, standen die Grundzüge des Steuerplanes bereits fest. Ich habe mit den sämmtlichen Herren nur auf Grund der ausgearbeiteten Projekte verhandelt. Im Uebrigen haben wir durchaus keinerlei Beunruhigung in die Tabaksindustrie hineingetragen. Die Erörterungen über die Form für diejenigen Einnahmequellen, aus denen wir die Bedürfnisse decken wollten, waren völlig geheim. Nur durch Indiskretion können Aeußerungen, den Tabak betreffend, an die Oeffentlichkeit gelangt sein — die Herren von der Tabakindustrie haben aber selber recht viel Beunruhigung in ihre Industrie gebracht. Nach den Erfahrungen über die Stimmung des Landes, nach den Erfahrungen insbesondere, die wir mit der freisinnigen Partei gemacht haben, hielten wir es für völlig unmöglich, vom Reichstage mehr zu erlangen, als wir augenblicklich bedurften. Der Abg. Richter beklagt, er sei überschwemmt worden mit Zuschriften von Beamten darüber, daß die Aufbesserung der Beamtenbesoldung nicht weiter fortgeführt würde. Dem gegenüber erinnere ich daran, daß bereits während meiner Amtszeit von den verbündeten Regierungen eine Vorlage betreffs Erhöhung der Beamtenbesoldungen eingebracht worden ist. Dieselbe ist im Reichstage wesentlich von der freisinnigen Partei bekämpft worden. Hätte sie die Vorlage angenommen, so würde eine große Kategorie von Beamten zufrieden gestellt worden sein.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Daß eine neue Militärvorlage kommen würde, darauf sind wir längst vorbereitet. Die neue Vorlage soll die Qualität des Heeres verbessern, eine Ablehnung würde eine große Verantwortung für uns sein. Ob wir wirklich auf die dreijährige Dienstzeit verzichten können, lasse ich dahingestellt sein. Der Eindruck der Ablehnung der Vorlage auf das Ausland, namentlich auch Italien und Oesterreich, wird ein für uns nicht förderlicher sein. Daß 1887 auf unserer Seite mit dem Säbel gerasselt sei, muß ich bestreiten. Damals lag eine ernste Gefahr von Frankreich her vor. Der günstigen Ernte dieses Jahres steht ein erheblicher Futtermangel gegenüber. Die Landwirthschaft leidet auch sehr unter der Zunahme der Maul- und Klauenseuche. Nicht am wenigsten aber ist die Nothlage der Landwirthschaft durch die ungünstigen Währungsverhältnisse veranlaßt. (Große Heiterkeit.) Der Antisemitismus ist mit durch die Goldwährung großgezogen worden. Prüfen wir den Etat und die Vorlage mit dem altgewohnten, patriotischen Sinn!

Darauf wird die Berathung vertagt.

Persönlich bemerkt

Abg. **Richter**: Der Reichskanzler hat sich mit besonderer Erregtheit gegen zwei Behauptungen von mir gewendet, die ich thatsächlich nicht gemacht habe. Er meinte, ich habe ihm vorgeworfen, der Zweck heilige die Mittel. Nein, ich habe ausdrücklich gesagt, daß in diesem Falle dieser Grundsatz nicht angezogen werden kann, beweist, daß der Reichskanzler schon im vorigen Jahre in der angezogenen Rede von der Militärvorlage von heute gesprochen hat. Dann soll ich ihm die Aeußerung supponirt haben, er habe dem Reichstage vorgeworfen, daß er das Mögliche nicht bewilligt habe. Gerade umgekehrt habe ich gesagt: Der Reichskanzler hat dem Reichstag keinen Vorwurf gemacht, denn er hat ausdrücklich gesagt, der Reichstag habe das Mögliche bewilligt, er hat nur seinem Vorgänger den Vorwurf gemacht, nicht genug gefördert zu haben. Ich habe dem Reichskanzler nur vorgeworfen, daß er hypothetisch, den Satz ausgesprochen hat, wenn jene Kämpfer von 1870 ihr Blut hingegeben, so würde man uns vorwerfen können, daß wir nicht einmal unser Geld hergegeben haben. Darauf bezogen sich meine Ausführungen, und darauf habe ich erwidert, daß wenn wir auch nicht so viel bewilligt hätten wie die Mehrheit des Hauses, wir doch genug bewilligt hätten, um uns auch gegen diesen Vorwurf schützen zu können, zumal die Minderbewilligung durch die heutige Haltung der Regierung in Bezug auf die zweijährige Dienstzeit gerechtfertigt sei. Dann hat der Reichskanzler es als charakteristisch für meine unzureichende Kenntnisse in diesen Dingen bezeichnet, was ich über die Zusammensetzung der Reservebataillone gesagt habe. Ich habe nicht blos gesprochen von der Zusammensetzung der Reservebataillone, sondern der vierten Bataillone und der Reservebataillone, die ich als gemischt bezeichnet habe aus Reservisten und Landwehrmännern, während die thatsächliche Berichtigung des Reichskanzlers nur dahin geht, daß die vierten Bataillone nur aus Reservisten und die Reservebataillone nur aus Landwehr beständen. Das Uebrige, was der Reichskanzler noch angeführt hat, richtete sich gegen etwas, was ich heute vielleicht hätte sagen können, aber heute noch nicht gesagt habe (Heiterkeit).

Nächste Sitzung: Donnerstag $1\frac{1}{2}$ Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung).

Schluß nach $4\frac{1}{2}$ Uhr.

Die Etatsdebatte im Reichstage.

□ **Berlin**, 30. Nov. Die heute begonnene erste Lesung des Etats im Reichstage wurde sofort zu einer Art von Generaldebatte über die Militärvorlage. Namentlich der Abg. Richter ließ alle Gesichtspunkte, von denen aus die politische und die wirthschaftliche Lage etwa zu beurtheilen sein möchte, vollständig zurücktreten hinter den Kern der Tagespolitik, hinter das neue Militärgesetz. Es gab Momente in dieser Richterschen Rede, deren starke Wirkung auch auf die Parteien rechts von den Freisinnigen bis weit in die konservativen Reihen hinein unverkennbar war. Dies gilt besonders von der eindringlich vorgetragenen Bemerkung, daß nicht fünf Abgeordnete ein Bild von der wahren militärischen Stärke Deutschlands hätten, und daß im Kriegsfalle die Welt staunen würde über die ungeheuren Kräfte, die wir in Bewegung zu setzen vermöchten. Sosehr der Reichstag eine Stätte breitester Oeffentlichkeit ist, so wissen die Abgeordneten gleichwohl manche wichtigen Dinge für sich zu behalten. Richtiger gesagt: Manches, was für die Beurtheilung der grundlegenden politischen Verhältnisse von äußerster Wichtigkeit ist, dringt nicht in die Presse, weil die Publizisten, die von den Abgeordneten über diese Dinge erfahren, sich ebensogut wie die Reichstagsmitglieder verpflichtet fühlen, Schweigen zu bewahren. In diese Reihe von Geheimnissen, die unter dem starken Siegel des politischen Taktgefühls liegen, gehören die Aufschlüsse, die die Militärkommissionen im Laufe der Jahre von den Vertretern des Kriegsministeriums erhalten haben. Der Abg. Richter lüftete nur ganz wenig, jedoch so, daß die Wirkung sofort eintreten mußte, einen Zipfel von diesen interessanten Vorgängen. In der That würde nicht blos das Ausland, sondern würden auch die Kleinmüthigen bei uns im Lande staunen, wenn sie wüßten, um wie viel günstiger sich das Bild unserer Wehrkraft darstellt, sobald man die offiziellen Zahlen kontrollirt und ergänzt durch Ziffern, die das Geheimniß weniger Wissenden bilden, in die die Militärkommissionen aber doch zuweilen Einblicke thun durften.

Der Reichskanzler antwortete auf die Rede Richters sofort, aber man kann wirklich nicht sagen, daß er viel Glück dabei gehabt hat. Richter hatte dialektische Wendungen, denen nachzugehen und sie in sich aufzulösen für einen Redner von der Gewandtheit des Grafen Caprivi ein Vergnügen hätte sein müssen, wofern er dazu nur im Stande gewesen wäre. Hierher gehört die Behandlung der neulichen Auseinandersetzungen des Reichskanzlers über den Dreibund und den Zweibund. Was Graf Caprivi sagte, faßt sich etwa dahin zusammen: Die Verjüngung der Armee, die Entlastung der Landwehr, die zweijährige Dienstzeit müßten ja eigentlich den Freisinnigen sympathisch sein, weil diese immer die größtmögliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht unter Schonung der wirthschaftlichen Kräfte der Nation verlangt hätten. Derartige Versuche von Festnagelungen eines Gegners auf Dinge, die nur zu taktischen Augenblickszwecken künstlich zurecht gelegt werden, haben immer etwas Mißliches, und der Reichstag quittirte über die betreffende Ausführung des Grafen Caprivi mit allgemeiner Heiterkeit.

Behaglichste Heiterkeit auch war die Empfindung, mit der die Rede des Herrn v. Kardorff aufgenommen wurde. Wie ehemals Windthorst keine Rede beendigen konnte, ohne die Aufhebung des Kulturkampfes zu fordern, so kann Herr von Kardorff nicht schließen, ohne die Goldwährung zu verdammen, und mit freundlicher Neugier folgt man regelmäßig den Kreuz- und Querzügen dieses nervösen, überhastenden, quecksilberigen Herrn, gespannt darauf, wie und wann er mit seinem ceterum censeo des Allheilmittels der Doppelwährung einsetzen wird. Heute brachte Herr v. Kardorff eine wirklich erfrischende Nüance in dies amüsante Spiel seines Witzes. Die Goldwährung erscheint ihm als die Quelle des Antisemitismus, und Ahlwardt würde in Friedeberg-Arnswalde nicht gewählt werden, wenn wir uns von dem Krebsschaden unserer Münzverfassung befreit hätten. Nach einer solchen Leistung konnte der Reichstag nicht länger ernst bleiben, und er vertagte sich sofort trotz noch früher Stunde auf morgen.

Für den Ernst war vorher schon genug gesorgt worden, nicht zuletzt durch den Vertreter des Zentrums, den Abgeordneten Fritzen. Das war eine böse, eindringliche, am Bundesrathstisch mit einiger Nervosität angehörte Generalabrechnung mit den gegenwärtigen Zuständen, besonders mit unseren Finanzzuständen. Es ist bezeichnend, daß das Zentrum gerade diesen scharfen Kritiker vorgeschickt hat. Würde die Partei in ihrer Gesammtheit durch Herrn Fritzen engagirt sein, so wäre das Schicksal der Militärvorlage gründlichst besiegelt, und alle weiteren Berathungen müßten eigentlich als überflüssig erscheinen. Aber man weiß ja, daß zwei Seelen im Zentrum wohnen, und ein anderer Redner, vielleicht Herr v. Huene, wird wohl noch etwas freundlichere Töne finden. Der Abg. Fritzen griff ziemlich weit aus, aber doch nicht zu weit. Es ist nothwendig, daß im Reichstage gesagt wird, wie bedrückend und trübe das Bild der wirthschaftlichen Lage ist, wie schwer alle Erwerbsklassen um ihre Existenz ringen müssen, und wie unendlich gesteigert die Verantwortung für Bewilligungen sein muß, wie sie jetzt im Heeres- und Marineetat dem Reichstage, d. h. der Nation, zugemuthet werden; kann man nun wohl wirklich sagen, daß das Bild, das der Zentrumsredner von dem bedrohlichen Anschwellen der Reichsschuld entwarf, zu düster sei? Es mag als Uebertreibung bezeichnet werden dürfen, daß das jetzige Borgsystem Zustände wie in den Republiken Südamerikas herbeiführen müsse, und der Abg. Fritzen widerlegte sich bei dieser argen Perspektive sofort selbst, indem er die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten als so festgegründet bezeichnete, daß keine unmittelbare Gefahr drohe. Aber recht hat er, wenn er die Unerträglichkeit der heutigen ins Blaue hinein sich bewegenden Anleihewirthschaft aufdeckt. Der Abg. Fritzen sagt damit nur, was aus den liberalen Reihen wiederholt schon, lange vor dem Zentrum, warnend gesagt worden ist, am entschiedensten vom Abg. v. Bennigsen, dessen bedeutsame Anregung einen Reichsschulden-Tilgungsfonds zu gründen, bis heute leider unbeachtet geblieben ist.

Freilich, was soll uns auch ein solcher Schuldentilgungsplan helfen, wenn wir keine verantwortliche, dem Reichskanzler koordinirte Finanzverwaltung, sondern eine abhängige Behörde haben, die ihre Weisungen nach Gesichtspunkten erhält, für die wieder die einseitig betonten militärischen Interessen allein oder mindestens vorzugsweise maßgebend sind? Auch in der heutigen Debatte ist vom Abg. Richter unter lebhafter Zustimmung nicht bloß der Freisinnigen, sondern der National-

liberalen gefordert worden, daß die von Herrn v. Bennigsen verlangte Organisation der Reichsämter eingeführt werde, die eine Gewähr für Beachtung der wirthschaftlichen Interessen schaffe. Hätten wir diese Organisation, so wären Steuervorlagen wie die verdoppelte Biersteuer und die verdoppelte Börsensteuer nicht gekommen. Oder glaubt jemand, daß etwa ein Miquel seinen Ruf als Staatsmann und Finanzpolitiker mit derartigen unreifen Entwürfen hätte aufs Spiel setzen mögen? Auch Herrn v. Maltzahn wird gewiß nicht wohl dabei gewesen sein, aber was soll er machen? Er ist nicht unabhängig, und er vertritt keine selbständige Finanzpolitik.

Amtliches.

Berlin, 30. Nov. Der König hat dem Polizei-Direktor Thon in Stettin den Charakter als Polizei-Präsident verliehen.

Deutschland.

Berlin, 30. November.

— Gegen die Erhöhung der Börsensteuer beabsichtigt das Aeltestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft die Handelskammern zu Bremen, Breslau, Köln, Danzig, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Königsberg, Leipzig, Posen, Magdeburg, Mannheim, München, Stettin und Stuttgart behufs eines gemeinsamen Vorgehens auf einer demnächst einzuberufenden Versammlung aufzufordern. Das vereinigte Kommissariat der Fonds- und Produktenbörse soll ersucht werden, möglichst viel und beweiskräftiges Material an Thatsachen zur Beurtheilung der Folgen der geplanten Steuer-Erhöhung vorzubringen. Dieses Material wird dann zu dem Entwurf einer Denkschrift mitbenutzt werden, welcher der Versammlung der Vertreter der Handelskammern als Grundlage der Verhandlungen empfohlen werden wird. Ferner hat das Aeltestenkollegium zur Erörterung der Schädigung der Brauereiindustrie, die von der geplanten Erhöhung der Brausteuer zu erwarten ist, sowie zur Vorbereitung etwa dagegen zu unternehmender Schritte eine Kommission von 5 Mitgliedern ernannt.

— Einen schlagenden Beweis dafür, daß die Forderung der liberalen Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1860, betr. die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine durchaus berechtigte gewesen ist, liefert heute die „N. A. Z.", indem sie gegenüber den „Hamb. Nachr." nachweist, daß der Kaiser Wilhelm I. als Prinz Wilhelm von Preußen im Jahre 1849 in seinen „Bemerkungen zu dem (von dem Ausschuß für Militärangelegenheiten des Frankfurter Parlaments ausgearbeiteten) Gesetzentwurfs betr. die deutsche Wehrverfassung" für die Infanterie einschließlich der Scharfschützen „eine Dienstzeit von mindestens 2 Jahren ohne Unterbrechung" für nothwendig und ausreichend erachtet hat.

— Einem Graudenzer Blatte zufolge soll bei einer Audienz des Oberpräsidenten von Pommern, v. Puttkamer, beim Kaiser die politische Lage im Reich und in Preußen, wie sie hauptsächlich durch die Militärvorlage geschaffen worden, und die Möglichkeit einer Ministerkrisis zum Gegenstand der Unterhandlung gemacht worden sein. — Herr v. Puttkamer als schwarzer Mann — kein übler Gedanke.

— Anläßlich des Neisser Soldatenunglücks ist, wie die „Neisser Ztg." meldet, Major Heinrich, der Leiter der gefechtsmäßigen Schwimmübungen, bei welchen bekanntlich 7 Soldaten ertranken, zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt und zur Disposition gestellt worden.

— In Landstuhl (Bayern) haben letzten Sonntag Branntweinbrenner aus Rheinbayern, Rheinpreußen, Hessen, Baden und Würtemberg getagt und in Hinsicht auf den, dem Bundesrath vorliegenden Gesetzentwurf wegen Abänderung des Branntweinsteuergesetzes folgende Resolution beschlossen:

„In Erwägung, daß die einseitige Erhöhung des niedrigen Satzes der Verbrauchsabgabe von 50 auf 55 M. pro Hektoliter absoluten Alkohols als ein verhängnißvoller Eingriff in die Erwerbsverhältnisse des Brennereigewerbes sich darstellt und nur bei voller Erhaltung der Differenz von 20 M. die süddeutschen Brennereien einen genügenden Schutz gegen die erdrückende Konkurrenz des Ostens finden, ist mit allen gesetzlichen Mitteln gegen diese Erhöhung anzukämpfen. Selbst die Einführung eines Rohspiritusmonopols in einer die Interessen der Allgemeinheit schonenden Form wurde dieser folgeschweren Aenderung vorzuziehen sein."

— Nach einem schon vor der Veröffentlichung des Zirkular-Erlasses des Evangelischen Oberkirchenraths betreffs des Apostolikums gefaßten Beschluß werden Vertrauensmänner der kirchlichliberalen Partei zu einer Besprechung und Verwahrung gegen die mißbräuchliche Agitation, welche mit dem apostolischen Glaubensbekenntniß getrieben wird, in Berlin zusammentreten. Die Besprechung werden die Herren Kammergerichtsrath Schröder und Prediger Schmeidler einleiten.

— Der „Freis. Ztg." zufolge ist in der parlamentarischen freisinnigen Partei nichts davon bekannt, daß der Abg. Gutfleisch, wie gemeldet wurde, beabsichtigen soll, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Man hoffe dort vielmehr mit Zuversicht, daß Herr Gutfleisch dem Reichstage seine allseitig hochgeschätzte Mitwirkung auch in Zukunft erhalten werde.

— Oberpräsident von Achenbach hat das von der Stadtverordneten-Versammlung auf 15000 Mark festgesetzte Gehalt für die Stelle des zweiten Bürgermeisters von Berlin genehmigt.

L. C. **Aus Baden,** 29. Nov., wird uns geschrieben: In Heidelberg tagten am Sonntag den 27. Novbr. etwa 100 nationalliberale Führer und Abgeordnete aus Baden, Hessen, Rheinpfalz und Würtemberg, um über prinzipielle Fragen zu berathen. Reden, Anträge und Beschlüsse sollen streng geheim gehalten werden, bis die Beschlüsse dem Parteivorstand vorgelegt waren. Es soll sich wesentlich um die Stellung zu den anderen Parteien, zur Regierung und ganz besonders auch zum Altreichskanzler gehandelt haben.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. **Berlin,** 30. Nov. Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses ist in ihrer heutigen Sitzung nicht über die Erörterung der Frage hinausgekommen, in welchem Umfange Deckungsmittel für die vom Staate aufzugebenden Realsteuern nothwendig sind. Außer dem gestern erwähnten Antrage des Abg. v. Eynern lag noch ein Antrag des Abg. Krause (natl.) vor, der die Einnahmen aus der Einkommensteuer, der lex Huene und der Vermögenssteuer unter Anrechnung eines Zuschlags von 4 Prozent kontingentiren wollte. Diesem Antrag trat der Finanzminister mit großer Entschiedenheit entgegen. Für die wachsenden Kulturaufgaben des Staats seien wachsende Einnahmen unerläßlich. Die Kontingentirung sei mit dem Begriff des modernen Kulturstaats unvereinbar. Die Finanzlage sei eine unbefriedigende und werden in Folge der Ausfälle bei den Eisenbahnen es auch auf Jahre hinaus sein. Dieser Auffassung schlossen sich die Abgg. Sattler, Enneccerus (beide natl.), Graf Limburg-Stirum (kons.), an, während der Antragsteller und die freisinnigen Abgg. Broemel und Dr. Meyer für die Kontingentirung eintraten. Schließlich zog der Abg. Krause seinen Antrag zurück. Die Kommission nahm dann mit allen gegen die beiden freisinnigen Stimmen den Antrag Sattler an, zu beschließen, „die Nothwendigkeit eines Ersatzes für den Ausfall der Staatseinnahmen in Folge des Verzichts auf die Realsteuern ist, wenn auch nicht in der vollen von der Regierung geforderten Höhe anzuerkennen." Morgen beginnt die Kommission die allgemeine Diskussion über die Ergänzungssteuer.

L. C. **Berlin,** 30 Nov. Nach einer der Steuerkommission des Abgeordnetenhauses vorgelegten Zusammenstellung der Zollerträge für Getreide und Vieh in den Monaten April bis September des laufenden Jahres betragen die Einnahmen aus dem Getreidezoll 46 918 057 M., d. h. 5 050 392 M. weniger als in der gleichen Zeit des Jahres 1891: die Einnahmen aus den Viehzöllen 4 167 887 M. oder weniger 499 260 M.; die Gesammteinnahme aus dem Getreide- und Viehzoll 51 085 944 M. gegen 56 635 596 M. im ersten Halbjahr 1891, also im Ganzen in dem Halbjahr 1892 weniger 5 549 652 M. Ein Rückgang der Einnahmen, der die Ueberweisungen aus der lex Huene auf 24 Mill. Mark herabdrücken könnte, liegt also bisher nicht vor.

Zur Choleraepidemie.

Pest, 29. Nov. In den letzten 24 Stunden sind hier 2 Personen an Cholera erkrankt und eine Person gestorben.

Brüssel, 30. Nov. Die Verfügung vom 31. August d. J., durch welche die Ein- und Durchfuhr von Betten, gebrauchter Wäsche und Kleidern aus Deutschland, Frankreich und Holland verboten wurde, ist heute durch ministerielle Verfügung wieder aufgehoben.

Madrid, 30. Nov. Die Herkünfte aus Duisburg und Altona werden von jetzt ab zur unbehinderten Einfuhr zugelassen.

Athen, 30. Nov. Die Quarantäne für Herkünfte aus den Häfen zwischen Kronstadt und Cherbourg ist aufgehoben, ebenso für Herkünfte aus Egypten und Frankreich, ausgenommen solche aus Marsaille, dessen Herkünfte einer achtundvierzigstündigen Beobachtung unterliegen.

Athen, 30. Nov. Für deutsche nach dem 15. d. M. abgegangene Provenienzen ist die bisher geforderte Quarantäne aufgehoben. Frische Häute, welche nicht vor dem 21. d. M. verladen sind, werden fortan zur Einfuhr zugelassen.

Prozeß Ahlwardt.

Berlin, 30. Nov. (Zweiter Verhandlungstag.) Bei dem Zeugenaufruf fehlt der als Zeuge geladene Arbeiter Krähahn. Der Erste Staatsanwalt Drescher theilt mit, daß nach einer Bekundung der Frau dieses Zeugen der letztere zur Zeit nicht in Berlin anwesend ist, zuletzt aber Nachricht aus Hamburg gesandt hat. Dort ist derselbe nicht ermittelt worden. — Der Angeklagte bezeichnet Krähahn als einen der wichtigsten Zeugen und behauptet, daß in Berlin ein Löwe-Komitee existire, welches es sich zur Aufgabe gemacht habe, Arbeiter der Fabrik durch Geldzuwendungen von Berlin fortzubringen, damit sie nichts aussagen. Das Komitee habe seinen Sitz in der Kommandantenstraße bei der Buchhandlung van Groningen und Leiser.

Staatsanw.: Mit Rücksicht auf diese Behauptung des Angeklagten möchte ich allerdings beantragen, die Herren van Groningen und Leiser zu laden. Es wird sich dann zeigen, daß auch diese Behauptung der Wahrheit zuwider ist.

Der Gerichtshof beschließt, die beiden Genannten sowie auf Antrag des Angeklagten noch den Arbeiter Brettschneider zu laden. Es beginnt dann die Vernehmung des Angeklagten. Derselbe wird zunächst aufgefordert, sich zu äußern über seine Beschuldigung des Landesverraths gegen Löwe und Kühne durch die Behauptung, daß dieselben drei Gewehre von denjenigen, welche ihnen vom Kriegsministerium in Auftrag gegeben waren, mit regelrechten Pässen ins Ausland schickten. Der Angeklagte giebt folgende Schilderung der Entstehung der Broschüre. Im Anfange d. J. erschien ein Mann bei mir, der sich Noack nannte und in der Löweschen Fabrik als Schreiber beschäftigt gewesen war. Er machte mir eine Menge Mittheilungen über die Art der Herstellung der Gewehre in der Löweschen Fabrik und die dabei begangenen Verstöße, die so ungeheuerlicher Natur waren, daß ich nicht daran glauben konnte. Noack kam am folgenden und am nächstfolgenden Tage wieder, setzte mir weitere Einzelheiten auseinander und erkärte, seine Angaben durch eine eidesstattliche Versicherung bekräftigen zu wollen. Noack nannte mir noch eine Anzahl Zeugen, welche dasselbe bekunden würden. Nun suchte ich alle diese Personen auf und war es besonders der Arbeiter Scharf, der einen guten Eindruck auf mich machte. Ich erfuhr erst später, daß er bestraft sei. Nachdem alle diese Leute mir eidesstattliche Versicherungen gegeben, glaubte ich an die Wahrheit dieser Mittheilungen. Ich hielt es für meine erste Pflicht, der Staatsanwaltschaft Anzeige zu machen und die Einleitung des Strafverfahrens zu beantragen. Als ich nach zwei Wochen noch keine Antwort erhielt, schrieb ich die Broschüre, ließ aber zunächst nur ein einziges Exemplar drucken. Dies gab ich dem Herrn v. Langen, den ich bat, damit zum Polizei-Präsidenten zu gehen und demselben zu sagen, daß der Druck und die Verbreitung der Broschüre nicht erfolgen solle, wenn der Polizei-Präsident die Einleitung eines Verfahrens gegen Löwe u. Co. veranlassen werde, Herr v. Langen hat dies gethan, als aber auch dieser Schritt gar keinen Erfolg hatte, da habe ich die Broschüre drucken und veröffentlichen lassen. Einen materiellen Erfolg habe ich durchaus nicht bezweckt, denn der Ertrag war für die Arbeiter bestimmt, welche ihre Angaben wegen aus der Löweschen Fabrik entlassen worden waren und anderswo keine Arbeit finden konnten. Nun bildete sich inzwischen ein Komitee, welches die Aufgabe hatte, die Arbeiter, wie Gans, Brettschneider ꝛc. zu beeinflussen. Es ist ihnen viel Geld geboten und gesagt worden, daß sie, wenn sie ihre Aussagen ändern, von Herrn Löwe sofort wieder angestellt und nach Budapest geschickt werden würden. Das Komitee hatte es sich ferner zur Aufgabe gemacht, mich moralisch zu vernichten, obgleich durch die Akten meine moralische Integrität vollständig klar gelegt ist. Das Geld dazu ist von Bleichröder und dem Apotheker Köhn gegeben worden. Der Oberbürgermeister a. D. Weber, der Beauftragte des Herrn v. Bleichröder, hat einem Zeugen 75 000 M. für die Herausgabe eines Dokuments geboten. Ich muß bitten, alle diese Personen zu laden.

Staatsanwalt: Wie hat sich der Angeklagte das eigentlich gedacht, wenn er Herrn v. Langen zum Polizeipräsidenten schickt, um denselben zu bewegen, eine noch gar nicht veröffentlichte Broschüre zu unterdrücken. — Angekl.: Der Polizeipräsident sollte eine Untersuchung seinerseits veranlassen. — Vors.: Die Sache betrifft doch in erster Reihe das Kriegsministerium. Warum haben Sie sich denn nicht dorthin gewendet? — Angekl.: Ich habe mich verschiedentlich an den Kriegsminister gewendet, denselben aber nie getroffen. Anderen Personen im Kriegsministerium wollte ich nicht die Sache übergeben, denn ich weiß, daß ein hoher Offizier im Kriegsministerium auch ein Jude ist. — Präs.: Das ist gewiß wieder nicht wahr. — Angekl.: Das der Betreffende ein Jude ist? Das kann ich beweisen! Er ist ein getaufter Jude. — Präs.: Auf wie weit wollen Sie in dieser Beziehung denn zurückgehen? — Angekl.: Auf immer! Zwischen Germanen und Juden giebt es keine Vereinigung. — Vertheid.: Das Christliche hat mit dem Stamm gar nichts zu thun. Der Angeklagte steht auf dem Standpunkt, daß er nach gewissen Konturen, die den Juden eigenthümlich sind, auch die getauften Juden noch als Juden zu erkennen und als Juden zu bezeichnen vermag. — Präs.: Das ist nicht als richtig anzuerkennen. Entweder ist Jemand Jude, dann ist er es eben, oder er ist Christ geworden, dann ist er eben Christ. — Verth.: Für den Angeklagten giebt es Juden, evangelische Juden und katholische Juden. — Präs.: Wenn der Angeklagte die Absicht hatte, dem Kriegsministerium Mittheilung über Unregelmäßigkeiten zu machen, so hätte er dazu nicht nöthig gehabt, eine Broschüre zu schreiben und dieselbe mit frivolen Verleumdungen und Beleidigungen zu spicken. Die Absicht der Beleidigung, ja der schwersten Beleidigungen, die man einem Menschen ins Gesicht schleudern kann, liegt doch klar zu Tage. Niemand wird es dem Angeklagten glauben, daß er nur die Erforschung der Wahrheit beabsichtigte.

Nach einer kurzen Replik zwischen dem Präsidenten und dem Angeklagten, sowie dessen Vertheidiger über die Ladung von neuen Zeugen, fährt der Präsident fort: Wir wollen jetzt auf die einzelnen Anklagepunkte übergehen. Im Allgemeinen will ich dem Angeklagten vorweg bemerken: Sie legen auf eidesstattliche Versicherungen so viel Gewicht. Da Sie keine Behörde sind, so haben eidesstattliche Versicherungen, die ihnen gegenüber abgegeben werden, gar keinen Werth. Sie behaupten nun zunächst in Ihrer Broschüre, daß Gewehre mit Wissen und Willen der Direktion ins Ausland gegangen seien. — Angekl.: Davon steht in der Broschüre kein Wort. Ich habe nur gesagt, daß Gewehre mit regelrechten Pässen aus der Fabrik gegangen sind. Das kann bewiesen werden. — Präs.: Sie sagen in der Broschüre: in Frankreich würde man solches Verbrechen mit dem Tode bestrafen. Daraus geht hervor, daß Sie den schnödesten Landesverrath behaupten. — Angekl.: Ich weiß nur, daß Gewehre aus der Fabrik gegangen sind und die Polizei noch in Dortmund ein solches Gewehr glücklich aufgefischt hat. Als die Fabrikation begann, sind die Gewehre schon herausgebracht worden, obgleich die Regierung strenges Geheimniß anbefohlen hatte. Das Vertrauen des Staates ist also gröblich getäuscht worden. Außer den drei Gewehren sind noch eine große Zahl von Gewehren ins Ausland gegangen.

Der Vorsitzende bringt den Inhalt der zwischen dem Staat und der Löwe'schen Fabrik abgeschlossenen Verträge zum Vortrag. Es heißt darin u. a.: Endlich wurde die ursprüngliche Bestimmung des Hauptvertrages, „wonach im Allgemeinen nur die fertigen Gewehre geprüft, die Untersuchung einzelner Theile auf Maßverhältnisse dagegen nur bis zehn Proz. der gelieferten Gewehre erfolgen sollte", dahin geändert: daß die Untersuchung der einzelnen Gewehrtheile nach zehn Proz. wegfällt und die Untersuchung sämmtlicher Theile unter Aufsicht der Abnahmekommission gestellt wurde. Durch Vertrag vom 24. Novbr. 1888 und eine Instruktion sind bezüglich der Bestellung, Untersuchung, Anschuß und Abnahme der Gewehre genauere Bestimmung getroffen worden. Darunter befand sich auch die Bestimmung, daß sowohl die Vertragsfestsetzungen als auch das übergebene Probegewehr und die Theile sowie die Herstellung und Konstruktion der zu liefernden Gewehre geheim gehalten werden sollte. Die Geheimhaltung ist am 19. Februar 1891 aufgehoben worden.

Zeuge Böhner bekundet, daß er am 9. April 1889 als Büchsenmacher beim Annahme-Kommando I in der Löwe'schen Fabrik in Martinikenfelde angestellt wurde. Seine Aufgabe habe darin bestanden, die fertigen Gewehre zu prüfen. Er habe sich ein Gewehr aus Ausschußtheilen für seinen Privatzweck zusammengebaut, aber erst, nachdem die Geheimhaltung aufgehoben worden war und er sich die Erlaubniß dazu vom Inspektor eingeholt hatte. — Präs.: Die Geheimhaltung ist am 19. Februar v. Js. aufgehoben worden, wissen Sie genau, ob Sie dieses Gewehr vor diesem Tage zusammenstellten? — Zeuge: Mit Bestimmtheit kann ich dies nicht sagen. — Präs.: War das Gewehr genau so, wie die Staatsgewehre? — Zeuge: Nein, es war anders, der Lauf war kürzer. — Präs.: Wie ist das Gewehr aus der Fabrik gekommen? — Zeuge: Ich weiß nicht genau, ob ich oder ein Arbeiter es nach meiner Wohnung getragen. — Präs.: War dazu nicht ein Passirschein nöthig? — Zeuge: Gewiß. — Präs.: Wer stellte denselben aus? — Zeuge: Der Buchhalter Goldbach. Der Zeuge erzählt sodann, daß das Gewehr auf Befehl des Kriegsministeriums beschlagnahmt und die Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden sei. Das Verfahren sei aber bald wieder eingestellt worden, auch habe man ihm das Gewehr wieder zurückgegeben.

In gleicher Weise äußern sich die Büchsenmacher Klett und Holz.

Der folgende Zeuge, Inspektor Schuhrig, bestätigt, daß er den drei Büchsenmachern die Erlaubniß ertheilt habe, aus Ausschußtheilen, die von der Revision nicht abgenommen waren, sich je ein Gewehr zusammenzustellen. Vorher habe er sich vom Oberstlieutenant Kühn die Ermächtigung geholt, den Büchsenmachern diese Erlaubniß zu ertheilen. Die Geheimhaltung war damals schon aufgehoben. Der Zeuge bestätigt ferner, daß die Passirscheine von dem Lagerverwalter Goldbach ausgestellt wurden.

Zeuge Isidor Löwe: Er sei kaufmännischer Leiter der Fabrik und habe keine Kenntniß davon, daß Gewehre aus der Fabrik herausgebracht wären. Mit seinem Wissen und Willen sei das jedenfalls nicht geschehen; so lange die Geheimhaltung bestand, seien sicher keine Gewehre hinausgebracht worden. Nach Aufhebung der Geheimhaltung habe die Fabrik Gewehre verfertigt und auch nach dem Auslande geliefert. Die Möglichkeit, daß vorher Gewehre ins Ausland gegangen, wäre nur dann gegeben, wenn Gewehrtheile gestohlen worden wären. Von dem Vorkommen eines solchen Diebstahls sei ihm nichts bekannt geworden. — Angekl.: Ist dem Zeugen nicht bekannt, daß ein Gewehr von der Polizei in Dortmund abgefaßt und in die Fabrik zurückgelangt ist? — Zeuge: Ich habe davon gar keine Kenntniß.

Der nächste Zeuge ist Oberstlieutenant a. D. Kühne. Der Vorsitzende befragt denselben zunächst: Herr Zeuge, Sie wissen, daß der Angeklagte in seiner Broschüre Sie einen Juden nennt. Die Begriffe des Angeklagten in dieser Beziehung sind ja verworren und wunderlich, es dürfte aber angemessen sein, daß Sie sich über diesen Punkt auslassen. — Zeuge: Ich bin als Christ geboren und gehöre einer Familie an, die christlichen Ursprungs ist. Ich kenne weder in der männlichen noch in der weiblichen Linie meiner Familie einen Juden. — Vertn.: Wie weit können Sie denn Ihren Stammbaum zurückverfolgen? — Zeuge: Bis zum Urgroßvater väterlicher und mütterlicher-

seits. Der Zeuge giebt sodann eine eingehende Darstellung der technischen Seite des Betriebes: Als ich in die Löwesche Fabrik eingetreten und die Fabrikation der dem Staate zu liefernden Gewehre leiten sollte, war die Fabrik bis dahin eine Maschinenfabrik gewesen und hatte vorher vorübergehend nur Revolver fabrizirt. Ich stand also vor einem Novum, und die der Fabrik gestellte Aufgabe war eine ganz kolossale. Ich speziell hatte eine riesige Leistung zu verrichten und mußte alle Einrichtungen in großem Maßstabe treffen, zumal die Verpflichtung vorlag, die Lieferung einen Monat um den andern um 5000 zu steigern. Ich konnte das Alles nur durch das vertrauensvolle Entgegenkommen des Herrn Löwe, der mir, wie ich dankbar anerkenne, nie etwas in den Weg gelegt hat. Ich bemerke dazu, daß es zunächst des Aufwandes von 14 Millionen Mark bedurfte, daß 5 Millionen für Arbeitslohn und Material auszugeben waren, ehe irgend etwas in die Fabrik wieder hineinkam. Ich danke es heute noch Herrn Löwe, daß er trotz aller dieser Momente, die Manchem beängstigend erscheinen konnten, in die Fabrikation eintrat. Dabei war der Gesichtspunkt maßgebend, eine Waffenfabrik zu schaffen, die den Staat in die Lage bringen sollte, nun nicht mehr ins Ausland zu gehen, und es wurde als Grundsatz aufgestellt, daß die von der Fabrik gefertigten Gewehre die allerbesten sein sollten. Nach diesen Grundsätzen ist der Geschäftsbetrieb auch gehandhabt worden. Ich übernahm alle Verantwortlichkeit für den technischen Betrieb ganz allein und gern und habe die Riesenaufgabe nur mit Hilfe der Meister und Arbeiter lösen können, die gleich mir drei Jahre lang ihre beste Kraft daran setzten. Ich habe eine 26jährige Dienstzeit hinter mir und zwanzig Jahre der Thätigkeit in Gewehrfabriken. Ich kann die besten Qualifikationszeugnisse aufweisen und habe als Leiter der Spandauer Fabrik den Ruf genossen, die besten Gewehre gemacht zu haben und habe mein bestes Können auch in meiner jetzigen Stellung eingesetzt. — Auf weiteres Befragen bekundet der Zeuge, daß die Löwesche Fabrik mit den Läufen gar Nichts zu thun hatte, sämmtliches Material dazu sei von den staatlichen Fabriken geliefert worden. Es sei absolut unwahr, daß mit Wissen und Willen der Direktion Gewehre in das Ausland zu einer Zeit gebracht worden, als die Geheimhaltung noch bestand. Erst als die Geheimhaltung aufgehoben war, mußte er Stellung dazu nehmen, was mit dem Material geschehen solle, welches wegen kleiner Abweichungen hier nicht abgenommen war, welches aber sonst durchaus kriegsbrauchbar war. So sind dann 10 000 Gewehre verkauft worden. Von dem Anhalten eines Gewehres in Dortmund weiß der Zeuge ebenso wenig, als von irgend einem Diebstahl. Diebstähle an Material kommen in jeder Fabrik vor.

Angekl.: Weiß der Zeuge, daß 80 Kisten à 500 Gewehre nach Hamburg zum Transport ins Ausland gegangen sind? — Zeuge Löwe: Kisten zu 500 Gewehren giebt es garnicht, sondern nur zu 52 Gewehren. Meines Wissens sind 800 Gewehre nach Hamburg gegangen. — Präs.: Angeklagter, was wollen Sie daraus folgern? — Angekl.: Daß die Staatsinteressen dadurch gefährdet werden. Die Gewehre sind an eine Macht geliefert worden, die sich gegen die rechtmäßige Gewalt empört hatte. Eine europäische Macht hat sich darüber beschwert, daß Deutschland Waffen an eine kriegführende Nation liefert. Hält der Zeuge die Staatsinteressen dadurch nicht für gefährdet? — Zeuge Kühne: Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. — Präs.: Mir ist der Rede Sinn auch dunkel. Zeuge Löwe, der Angeklagte behauptet in seiner Broschüre auch, daß Sie im Auftrage der Alliance israélite schlechte und untaugliche Gewehre dem deutschen Staat liefern mußten, um unsere Wehrkraft zu lähmen, damit dann auf den Trümmern des deutschen Vaterlandes eine jüdische Weltherrschaft errichtet werden könne. Wollen Sie sich mal hierüber äußern. — Zeuge Löwe: Ich kenne nur soviel von der Alliance israélite, daß ich weiß, daß sie sich mit der Erziehung von Kindern beschäftigt. Ich habe zufällig in Konstantinopel Gelegenheit gehabt, die Thätigkeit der Gesellschaft nach dieser Richtung hin kennen zu lernen. Ich bin kein Mitglied der Gesellschaft, sondern ich habe nur einmal auf besondere Anregung einen Beitrag gegeben. Von einem Auftrage im Sinne Ahlwardts weiß ich nichts.

Der Präsident verliest sodann aus den Akten der Militärbehörden den Gang des Verfahrens, welches gegen die verschiedenen Büchsenmacher eingeleitet worden ist und welches damit endete, daß das Verfahren eingestellt und die Gewehre den betreffenden Büchsenmachern zurückgegeben wurden. Ebenso werden die Schriftstücke verlesen, welche seitens des Ober-Reichsanwalts in der Sache verfaßt worden sind. — Der Erste Staatsanwalt bittet zu konstatiren, daß der Ober-Reichsanwalt bereits unterm 27. April d. J. dem Ersten Staatsanwalt beim Berliner Landgericht I. erklärt habe, daß der Inhalt der Broschüre zu einem Einschreiten gegen Löwe wegen Landesverraths keine Veranlassung gegeben habe.

Es wird darauf der Zeuge August Scharffe vernommen, welcher dem Angeklagten einen wesentlichen Theil des Materials gegen Löwe geliefert haben soll. — Präs.: Zeuge, sind Sie vorbestraft? — Zeuge: Wegen Meineids nicht. — Präs.: Ich frage, ob Sie vorbestraft sind. — Zeuge: Ja. — Präs.: Weswegen? — Zeuge: Einmal wegen Diebstahls mit drei Tagen, dann wegen schweren Diebstahls in Verbindung mit fahrlässiger Brandstiftung mit einem Jahre und sieben Tagen und dann wegen Unterschlagung mit einer Woche Gefängniß. Ich bin aber sofort nach Verbüßung meiner Strafe von meinem früheren Prinzipal wieder angenommen worden und habe mich auch als Soldat tadellos geführt. — Präs.: Wann sind Sie bei Löwe als Schreiber eingetreten? — Zeuge: Am 5. April 1890. — Präs.: Und wann sind Sie ausgeschieden? — Zeuge: Am 24. August 1892. — Präs.: Sind Sie entlassen worden? — Zeuge: Nein, ich bin freiwillig gegangen. — Präs.: Haben Sie Feindschaft gegen die Herren Löwe oder Kühne? — Zeuge: Nein. — Präs.: Erzählen Sie, wie Sie dazu gekommen sind, mit Ahlwardt in Verbindung zu treten. — Zeuge: Es war im März, als ein früherer Kollege von mir, der Schreiber Noack, mich aufsuchte und mir mittheilte, daß am folgenden Tage ein Herr aus Berlin zu mir kommen würde, um mich über verschiedene Unregelmäßigkeiten in der Löwe'schen Fabrik zu befragen. Der Herr kam auch, es war der Rektor Ahlwardt. Derselbe erklärte, daß er von mir Material erwarte, um es zu einem Buche zu benutzen, das er dem Kriegsministerium unterbreiten wolle. Er richtete dann eine Anzahl Fragen an mich, die ich theils verneinte, theils bejahte. — Präs.: Welcher Art waren die Fragen? — Zeuge: Genau weiß ich es nicht mehr. — Präs.: Fragte er Sie, ob Gewehre ins Ausland gegangen wären? — Zeuge: Ja. Ich habe dies verneint. Ich habe dann aber gesagt, daß die Büchsenmacher sich einige Gewehre gebaut hätten, die aus der Fabrik herausgegangen seien. — Präs.: Wissen Sie, wann dies geschehen ist? — Zeuge: Nein, es war aber in der letzten Zeit meines Dortseins. — Präs.: Wissen Sie, ob es vor oder nach dem 19. Februar war? — Zeuge: Nein. — Präs.: Bestand nicht zwischen Ihnen, Bretschneider und Noack ein Komplott, daß Sie von Löwe Geld erpressen wollten? — Zeuge: Nein, davon weiß ich nichts. Wir erhielten nur häufig Arbeiten zuertheilt, die zu machen wir uns nicht verpflichtet hielten, und da hatten wir uns die Hand darauf gegeben, daß wir alle drei gehen wollten, wenn einer von uns entlassen würde. — Präs.: Wollten Sie nicht 15 000 Mark fordern? — Zeuge: Nein, ich nicht, wie ich aber gehört habe, ist Noack im Komptoir in der Hollmannstraße gewesen und hat Geld gefordert, da er sonst etwas Unrechtes ausplaudern wolle, welches in der Fabrik passirt sei. — Präs.: Hat Noack nicht davon gesprochen, daß er Ihnen etwas von dem Gelde abgeben wollte? — Zeuge: Ich glaube ja. — Präs.: Wissen Sie etwas davon, daß Drohbriefe an Herrn Löwe gerichtet worden sind? — Zeuge: Nein, davon ist mir nichts bekannt. — Präs.: Wer hat die eidesstattliche Versicherung zu Protokoll genommen? — Zeuge: Der Angeklagte. Er sagte, daß die Sache dem Kriegsministerium unterbreitet werden sollte und er Material beschaffen solle. — Der Zeuge erklärte weiter auf Befragen, daß er für sein Zeugniß und seine eidesstattliche Versicherung weder von dem Angeklagten, noch von anderer Seite Geld oder Entschädigung erhalten habe. Nur einmal habe der Angeklagte ein Glas Bier für ihn bezahlt. — Staatsanwalt: Der Zeuge hat bei seiner gerichtlichen Vernehmung in dem Vorverfahren erklärt; er könne keine Thatsache anführen, aus welcher sich schließen lasse, daß die Leiter der Fabrik von etwa vorgekommenen Unregelmäßigkeiten, wie sie die Broschüre schildert, Kenntniß gehabt haben. — Der Zeuge kann auch jetzt in dieser Beziehung nichts mittheilen, ebenso weiß er nicht, daß eine große Masse Gewehre ins Ausland gegangen sind, er weiß nur von einzelnen Gewehren, die Knauerhase aus der Fabrik gebracht hat. — Dem Angeklagten bestätigt der Zeuge, daß der Angeklagte ihn bei der Befragung wiederholt dringend ersucht hatte, streng bei der Wahrheit zu bleiben und nicht um ein Haar breit davon abzuweichen, auch vorher sich genau zu prüfen. Der Angeklagte habe auch gesagt, daß die Sache erst an das Kriegsministerium gehen solle und daß, falls die Thatsachen der Oeffentlichkeit übergeben werden müßten, Namen nicht genannt werden sollten.

Angekl.: Ich habe erst von allen Zeugen die Wahrheit erforscht, dann die eidesstattlichen Versicherungen mir geben lassen und erst sehr viel später, als alle die Entlastungszeugen absolut keine Arbeit bekommen konnten und ich sah, mit welchen Mitteln man diese Zeugen aus Berlin hinausbugsirte, habe ich, um diese Zeugen hier zu behalten, alles Geld, was ich auftreiben konnte, hingegeben. So hat Gans nicht blos 250 M., sondern wohl an Tausend Mark erhalten, auch Noack hat etwas bekommen.

Die Beweisaufnahme wendet sich sodann der Behauptung der Broschüre zu, daß nicht nur in hochverrätherischer, sondern auch in betrügerischer Absicht minderwerthige Gewehre geliefert worden seien. Der Vorsitzende verliest hierzu zwei gutachtliche Urtheile vom k. sächsischen und kgl. preußischen Kriegsministerium, welche übereinstimmend darin gipfeln, daß die von der Löweschen Fabrik gefertigten Gewehre den Gewehren aus anderen Fabriken in keiner Weise nachstehen, sondern ebenso kriegsbrauchbar sind, wie diese. — Zeuge Major Hannig, der längere Zeit kommandirt war zur Abnahme bezw. Revision der Löweschen Gewehre, bekundet, daß die erste Revision der einzelnen Theile Löwesche Sache war und dazu auch Löwesche Stempel benutzt wurden. Dazu traten dann militärischerseits Superrevisionen, bei welchen unbrauchbare Theile zurückgewiesen, bei anderen Monita gezogen wurden. Die zurückgewiesenen Theile wurden durch Herausschlagen des Stempels unbrauchbar gemacht. Nach Fertigstellung des Gewehres wurde dasselbe vor dem Anschuß und nach dem Anschuß gestempelt und schließlich wurde das ganz fertig gestellte Gewehr, nachdem es alle Revisionen passirt hatte mit dem endgiltigen Stempel versehen. Da das Militärpersonal nicht ausreichte, wurde allerdings auch Löwesches Personal zur Abnahme hinzugezogen, welches jedoch unter militärischer Aufsicht arbeitete. Jedes Gewehr hatte seine eigene Nummer, außerdem eine Nummer im Schießbuch und es wurde beim Anschuß eine genaue Kontrolle über jedes einzelne Gewehr geübt. Die Scheiben wurden durch Arbeiter der Fabrik eingestellt. Er halte es bei den strengen und praktischen Vorschriften nicht für wahrscheinlich, daß hinter dem Rücken des Offiziers Durchstechereien mit doppelten Scheiben getrieben worden seien. Ausgeschlossen sei die Möglichkeit ja nicht, unmöglich sei es aber nach seiner Meinung, daß dies in größerem Umfange hätte geschehen können, da die Zeit dazu viel zu knapp war. Ein Lieutenant Stolle habe sich einmal darüber beschwert, daß bei dem Einstellen der Scheibe und Markiren der Schüsse durch einen Arbeiter der Löwe'schen Fabrik Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Die Bestrafung des Arbeiters sei beantragt worden. Gerade dieser Vorfall zeige aber, daß der Kontrollapparat gut funktionirte und Unregelmäßigkeiten sofort bemerkt wurden. Die Löwe'schen Gewehre waren von genau so guter Qualität, wie die anderen, namentlich auch der königl. Fabriken. Seines Wissens sei bei Gewehren Löwe'scher Fabrik nichts passirt, was nicht auch bei Gewehren anderer Fabriken vorkommt. Er könne bezeugen, daß die Löwe'sche Fabrik der Bedingung, bestes Material für die Herstellung der Gewehre zu bearbeiten, stets nachgekommen ist. Der Beschuß mit starken Patronen habe den Zweck, Gewehre mit unsichtbaren Fehlern zum Platzen zu bringen, ein solches Platzen sei aber nur in wenigen Fällen vorgekommen. Der Zeuge hält es für ausgeschlossen, daß, wie die Broschüre behauptet, nicht gut angeschossene Gewehre in großer Anzahl anstatt gut bewährter untergeschoben worden seien. — Hierauf tritt eine Mittagspause ein.

Bei den weiteren Vernehmungen sagt Oberst v. Flotow, Inspektor der königlichen Gewehrfabriken, aus, daß er bei seinen Revisionen keine Unregelmäßigkeiten wahrgenommen, sondern gefunden habe, daß die Gewehre durchweg kriegstüchtig waren. Schon die maschinellen Einrichtungen der Löweschen Fabrik böten eine gewisse Gewähr für gewissenhafte Herstellung der Gewehre. Der Direktor der königlichen Gewehrfabrik in Danzig, Hauptmann Klopsch, bestritt die Wahrscheinlichkeit betrügerischer Unterschiebungen bei der Abnahme und bestätigte im Uebrigen die Bekundungen des Vorzeugen. Aus den weiterhin verlesenen gutachtlichen Aeußerungen des Kriegsministeriums ergiebt sich, daß sich die Fülle von Verletzungen von Soldaten durch Springen von Gewehrläufen gar nicht auf Löwesche Gewehre, sondern auf solche anderer Fabriken beziehen und daß es sich hierbei auch nicht um schlechte Läufe, sondern um äußere Einflüsse gehandelt habe. Die angeblichen Dresdener Fälle haben sich durchweg als aufgebauscht herausgestellt, ebenso die angeblichen Fälle in Cottbus.

Oberstlieutenant v. Gößnitz sagt noch besonders aus, daß ein von dem Angeklagten behaupteter Bericht des Obersten des 24. Regiments an das Kriegsministerium, in welchem über die schlechte Beschaffenheit der Löweschen Gewehre geklagt sei, eine Erfindung Ahlwardts sei. Es habe sich hier nur um einen unrichtigen Härtegrad bei den Schlößchen gehandelt, der aber der Fabrik nicht zur Last zu legen sei. Rechtsanwalt Munckel hebt hervor, daß die Löwesche Fabrik ausschließlich Kruppsches Material bezog

Bei den weiteren Verhandlungen wies Verlagsbuchhändler v. Groningen die Behauptung zurück, daß irgend ein Komplott gegen Ahlwardt unternommen sei. Er habe mit Löwe und Kühne gar nicht verkehrt. Auch weitere Behauptungen von dem Springen von Gewehrläufen bei verschiedenen Bataillonen werden durch mehrere Zeugen als unrichtig bezeichnet. Der Staatsanwalt macht darauf aufmerksam, daß die Unregelmäßigkeiten in der Löweschen Fabrik gerade den Ahlwardtschen Zeugen zur Last fallen.

Ahlwardt verlangt gegenüber den Sachverständigen-Gutachten die Vernehmung mehrerer anderer Zeugen, darunter eines Droschkenkutschers. Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß diese doch nicht mehr Werth als die Gutachten der militärischen Behörden haben können.

Vermischtes.

† **Aus der Reichshauptstadt,** 1. Dez. Einen guten Fang hat in der vergangenen Nacht die Kriminalpolizei gemacht. Sie hatte durch Vigilanten Kenntniß davon erhalten, daß ein Einbruch in einen Schuhwaaren-Keller in der Pankstraße geplant war, und es gelang ihr, die drei Einbrecher festzunehmen. Wie sich herausgestellt hat, sind es die Personen, die in der letzten Zeit vielfach sich mit Nachschlüsseln zur Nachtzeit Eingang in Wohnungen im Norden der Stadt zu verschaffen wußten und besonders Betten und Wäsche stahlen. In einem Falle erbeuteten sie in der Treskowstraße derartige Sachen im Werthe von mehr als 1000 Mark. Die Diebe haben das gestohlene Gut gewöhnlich zu zwei Frauenspersonen gebracht, die es wieder an Dirnen zu verkaufen pflegten. Auch diese beiden Hehlerinnen sind verhaftet worden.

† **Eine Belohnung von 500 Frks.** haben Geschäftsleute in St. Louis auf die Ergreifung eines angeblich deutschen Barons v. O. gesetzt, der sie um 40 000 Frks. betrogen hat. Im Monat Juli tauchte dort, wie der „Konfektionär" mittheilt, ein etwa 33 Jahre alter Mann mit einer jungen, wohlerzogenen, deutschen Dame, die er für seine Gemahlin ausgab, auf; gewandtes Wesen stand ihm zur Seite, der Bekanntenkreis wurde ein großer. Einen angesehenen Deutschen, E., wußte er zu veranlassen, ihm 10 000 Franks zur Einrichtung eines Seidenstickerei-Geschäfts zu übergeben. Anfang November erhielt O. angeblich eine Depesche, sein Schwiegervater läge im Sterben, und vergaß das Wiederkommen. Juweliere, Schneider, Möbelhändler und andere Geschäftsleute sind um 40 000 Frks. betrogen. Man glaubt, daß O. seinen Weg nach Deutschland genommen habe.

† **Ein Pistolenduell** hat am Montag Morgen bei Leipzig in einem Wäldchen des Ortes Gautzsch zwischen zwei jungen Medizinern stattgefunden. Der Grund ist in einem Zusammenstoß zu suchen, welchen die beiden Herren in einem hiesigen Café wegen einer dort bedienenden Kellnerin hatten. Die Bedingungen des Zweikampfes waren außerordentlich schwer; beispielsweise war eine Entfernung von nur zehn Schritt vereinbart. Der eine der Duellanten, Dr. med. Fritz Reinhold Przyrembel aus Pitschen in Oberschlesien, erhielt sofort beim ersten Kugelwechsel einen Schuß in die linke Lunge. Die Kugel hatte edlere Theile verletzt, und der Getroffene verschied nach wenigen Augenblicken. Sein Gegner, der Cand. med. Balack, hat sich, wie bereits gemeldet, sofort der hiesigen Staatsanwaltschaft gestellt. Wie man hört, haben beide Mediziner sich während der Cholerazeit in Hamburg aufgehalten und dort thatkräftige Hilfe geleistet.

Lokales.

Posen, 1. Dezember.

p. **Blutiger Vorfall.** Gestern Abend waren in den Garten der Villa Gehlen zwei Gefreite des hiesigen Trainbataillons eingedrungen, um jedenfalls dort mit einigen Mädchen zu schäkern. Der Besitzer des Grundstückes, Herr Szermer, eilte auf das Geräusch sofort mit einem mit Schrot geladenen Jagdgewehr aus dem Hause und ließ sich leider dazu hinreißen, auf die beiden Soldaten, die sich schon zurückzogen, zu feuern. Unglücklicher Weise trafen beide Schüsse, und die schwer Verwundeten, von denen der eine 36 und der andere 32 Schrotkörner in den Rücken erhalten hat, mußten nach dem Militärlazareth geschafft werden, wo man an ihrem Aufkommen starke Zweifel hegt. Herr Szermer wurde noch gestern Abend verhaftet. Da die beiden Soldaten nicht vernehmungsfähig sind, so konnte Genaueres nicht festgestellt werden. (Wiederholt.)

p. **Bettler.** Im Monat November sind im Ganzen 123 Bettler im hiesigen Polizeibezirk zur Haft gebracht worden. Die Zahl weist gegen den Monat Oktober eine nicht unbedeutende Steigerung auf.

p. **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet wurden gestern eine Dirne und ein Arbeitsbursche wegen Diebstahls, nach dem Polizeigewahrsam geschafft: zwei sinnlos betrunkene Personen. Gefunden wurde ein Portemonnaie mit Inhalt in der Paulikirchstraße.

Aus der Provinz Posen.

(Nachdruck der Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.)

♌ **Samter,** 30. Nov. [Feuer.] Gestern Abend gegen 7 Uhr brannten in dem nahen Dorfe Peterkowko 2 Stallgebäude des Freischulzengutsbesitzers Julius Helmchen ab. Am Westende des südlich stehenden Stalles war eine Stube eingerichtet, die von den dort beschäftigten Drainagearbeitern bewohnt wurde. Gestern wurden die Drainagearbeiten des eingetretenen Frostes wegen eingestellt. Demzufolge begaben sich die betreffenden Arbeiter nach Samter, um mit dem Abendzuge nach Posen zu fahren. Gleich nach dem Fortgange derselben brach in der von den Arbeitern bewohnten Stube Feuer aus. Dasselbe fand leicht Nahrung, da das Gebäude Strohbedachung hatte. Ferner lagerte auf dem Bodenraume Wiesenheu und die Stallräume selbst waren mit Maschinenstroh gefüllt. Als der südlich stehende Stall vollends brannte, fielen Funken auf das Strohdach des nördlich stehenden Stalles. Trotzdem auf diesem mehrere Männer Platz genommen hatten, um das Uebergreifen des Feuers zu verhindern, ging auch er bald in Flammen auf. Pferde, Kühe und Schweine, sowie die wichtigsten Stallutensilien, wie Geschirre, Eimer u. s. w. konnten jedoch, wenn auch mit großer Mühe und unter Lebensgefahr der herbeigeeilten Rettungsmannschaften in Sicherheit gebracht werden. Ungefähr 2[illegible]0 Ztr. Heu, eine Menge Stroh und einiges Ackergeräth sind ein Raub der Flammen geworden. Die Gebäude selbst sind vollständig niedergebrannt. Dieselben waren bei der Provinzial-Feuer-Sozietät versichert. Da Helmchen mit den Drainagearbeitern nicht im besten Einvernehmen gelebt haben soll, wird vermuthet, daß ein Racheakt vorliege.

* **Mrotschen,** 29. Nov. [Erstochen.] Gestern Abend traf in dem Gasthause zu Wirza der Fleischermeister August Dräger aus Nakel mit dem Maurer Spiweike und anderen Leuten aus Brückenkopf, die bei dem Brückenbau bei Orle-Mühle an der Eisenbahnstrecke Nakel-Konitz beschäftigt waren, zusammen. Man trank zusammen, und wie es so oft geschieht, so geriethen die Männer aus irgend einem Grunde in Streit. Es entwickelte sich bald eine Schlägerei, welche die schwersten Folgen haben sollte. Während nämlich einer der Maurer den Dräger packte, zog der vorerwähnte Spiweike sein haarscharfes Messer und versetzte dem Dräger zwei Stiche in Kopf und Hals und einen Stich in die Brust. Die Verletzungen waren so schwer, daß Dräger nach wenigen Minuten verstarb. Der Mörder wurde gefesselt und von dem Gutsvorstande Wirza dem hiesigen Distriktsamte abgeliefert. Nachdem er von dem Gendarm Herrn Ruscheweyh geschlossen war, wurde er in das hiesige Polizeigefängniß gebracht, aus dem er heute in das Justizgefängniß in Nakel abgeliefert wurde. Heute Morgen sind noch mehr Verhaftungen vorge

nommen worden. Der Ermordete hinterläßt eine Frau und zwei unerzogene Kinder. (Ostd. Pr.)

Angekommene Fremde.

Posen, 1 Dezember.

Hotel Victoria (W. Kamieński). Rittergutsbesitzer Graf von Bninski a. Gultowy, Frau Miechowska m. Tochter a. Zakrzewko, Kaufmann Kazmierczak a. Inowrazlaw, Baumeister Alkiewicz a. Amsee.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Rittergutsbesitzer v. Lochow m. Frau a. Elmenhorst, Fabrikbesitzer Katzenellenbogen a. Krotoschin, Arzt Dr. Ohme a. Wien, Ingenieur Liazen a. Köln, Fabrikant Teichert a. Leipzig, die Kaufleute Dietlein a. Hamburg, Wende a. Elberfeld, Hohenstein u. Schnilze a. Berlin, Arnecke a. Schönheide, Döhling a. Plauen, Taute a. Rathenow u. Meyerstein a. Gotha.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Windberg, Linger u. Blaustein a. Berlin, Bertling u. Meichßner aus Leipzig, Westphal a. Plauen, Albrecht a. Stuttgart, Mittelhäuser a. Chemnitz, Saehn a. Magdeburg, Müller a. Nerchau i. S., Weber a. Hamburg u. Neugebauer a. Breslau, Vers.-Inspektor Mehlhorn a. Breslau, Postinspektor Völkner a. Berlin, Frau Löhr a. Swinemünde, Rittergutsbesitzer v. Zobeltitz a. Rumianek.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Härter, Leving, Kottlarzig u. Hirschfeld a. Breslau, Schmidt a. Ohligs, Piaschewski a. Hamburg u. Poetzsch a. Leipzig, Baumeister Pfänder aus Schwiebus.

Hotel de Berlin (Paul Plaensdorf.) Die Kaufleute Frau Levy m. Tochter a. Wongrowitz, Tischler a. Breslau, Glowacka aus Gnesen u. Clauß a. Bromberg, Rentier Obst u. Fräulein Obst a. Meseritz, Fräulein Klotowska a. Warschau, Rentier Clauß aus Bromberg.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Berndt, Löwenberg, Littmann u. Rosenblatt a. Berlin, Fischel a. Frankfurt a. M. u. Dachsel a. Dresden, Steuerinspektor Hein a. Kempen.

Hotel Streiter. Die Kaufleute Rumpel a. Bremen, Kromat a. Tilsit, Regner u. Lukaschewski a. Danzig, Hühnerbein a. Stuttgart, Grünwald a. Hannover u. Kunell a. Obernigk, Aufseher Streich a. Koschmin, Besitzer Siebert a. Kerollis, Braumeister Gippert a. München.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus" vormals Langner's Hotel.) Die Kaufleute Seidel, Ghelmer u. Cohn a. Berlin, Gawronski a. Breslau u. Hermann a. Görlitz, Steuer-Supernumerar Timmich a. Bromberg.

Handel und Verkehr.

** **Auswärtige Konkursnachrichten.** Spezereihändler Wilhelm Felix, Barmen. — Kaufmann Ernst Adolf Welbrock, Bremen. — Kaufmann Franz Gaitzsch (F. Gaitzsch u. Co.), Breslau. — Kaufmann Friedrich Wagner, Cannstadt. — Parquetfußbodenfabrikant Karl Heinrich Justus Engels, Chr. Engels, Hamburg. — Kaufmann Josef Heim, in Firma Gebr. Heim, Burladingen. — Dreschmaschinenbesitzer Georg J. Wesch, Eppelheim. — Kaufmann Moritz Baer, Karlsruhe. — Bauunternehmer Gustav Möhring, Mannheim. — Lederhändler Josef Müller, Mühlheim a. d. Ruhr. — Kommerzienrath und türkischer Generalkonsul Gottlob Emanuel Stänglen, Stuttgart.

** **London,** 29. Nov. [Wollauktion.] Lebhafte Betheiligung, Preise fest, behauptet, hauptsächlich gut gekämmte Wolle begehrt, gute Cap scoured begehrt, 7½ bis 10 Prozent über letzte Auktionspreise.

Marktberichte.

** **Berlin,** 30. Nov. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Der stark beschickte Markt verlief durchaus schleppend und blieben reichlich Bestände. Hammelfleisch II., sowie sämmtliche Sorten Schweinefleisch gingen im Preise zurück, sonst unverändert. Wild und Geflügel: Hochwild und Rehe reichlich am Markt, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel wenig am Markt, Preise wenig befriedigend. Fische: Zufuhr nicht ausreichend. Geschäft sehr schleppend, Preise gedrückt. Karpfen erzielten in der Auktion nur kleine Preise. Butter und Käse unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Stilles Geschäft. Preise wenig verändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 50—55, IIa 43—48, IIIa 34—42, Kalbfleisch Ia 50—65 M., IIa 30—47, Hammelfleisch Ia 46—50, IIa 35—44, Schweinefleisch 50—57 M., Bakonier 45—48 M., Serbisches 47—48 M., Russisches 43—45 M. p. 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. m. Knochen 65—80 M., do. ohne Knochen 80—100 M. Lachsschinken —,— M. Speck, geräuchert do. 56—65 M., harte Schlackwurst 110—120 M., Gänsebrüste 160—180 per 50 Kilo.

Wild. Rothwild per ½ Kilo 0,33—0,37 M., Damwild per ½ Kilo 35—49 Pf., do. leichtes 55—57 Pf., Rehwild Ia. per ½ Kilo 0,58—0,67 M., do. IIa. per ½ Kilo 45—51 Pf., Kaninchen p. Stück 64—66 Pf., Hasen Ia. p. Stück 2,40—2,80 M., IIa 1,45 bis 2,00 M.

Wildgeflügel. Fasanenhähne 2—3,40 M., Waldschnepfen — M., Rebhühner, junge do. — M., Rebhühner, alte —,— M., Birkwild — Mk., Krammetsvögel — Pf. p. Stück.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse, junge, p. St. —,— Mk., Enten galizische do. 1—1,15 Mk., do. inländ. — M., Puten do. — Mk., Hühner, alte do. — M., do. junge — M., Tauben do. 0,31 M., Perlhühner — Mk.

Fische. Hechte, p. 50 Kilogramm 46—54 M., do. große do. 45 M., Zander 80—90 M., Barsche 50 bis 60 M., Karpfen, große 90 Mark, do. mittelgroße 53—56 M., do. kleine 66 Mark, Schleie IIa. 80 Mark, Bleie 40—48 Mark, Aland 33—48 M., bunte Fische 24—30 M., Aale, große, 100 M., do. mittelgroße 76 M., do. kleine 60 M., Raape 36 M., Karauschen 44—54 M., Roddow — M., Wels 50 M.

Schaltbiere. Hummern matt, per 50 Kilo 134—135 M. Krebse, große, über 12 Ctm., p. Schock —8 M., do. 11—12 Ctm. do. 4 M., do. 10 Ctm. do. 2 M.

Butter. Ia. per 50 Kilo 120—123 M., IIa. do. 114—118 M. geringere Hofbutter 106—112 M., Landbutter 92—105 M., Galiz. — M., Margarine — M.

Eier. Frische Landeier ohne Rabatt 3,75—4,00 M., Prima Kisteneier mit 8½ Proz. oder 2 Schock p. Kiste Rabatt — M.

Gemüse. Kartoffeln, runde weiße per 50 Kilogr. 2,00—2,50 Mark, Zwiebeln per 50 Kilogramm 5,50—7,00 Mark, Knoblauch per 50 Kilo 13—18 M., Mohrrüben junge, per Bund 0,10—0,15 M., Petersilie p. Bund 5—10 Pf., Kohlrabi junge, p. Schock 50—70 Pf., Champignon per ½ Kilo 0,75—1,00 M., Spinat p. 7 Kilo 1,00 M., Meerrettig, neuer, per Schock 10 bis 18 M., Salat per Schock 4—6,00 M., Rettige, junge, hies. p. Schock 1—1,50 M., Wirsingkohl, jung, p. Schck. 4—9 M., Blumenkohl p. Stück 20 bis 25 Pf., Sellerie p. Schock 3—6 M., Grünkohl p. 15 Kilo 0,50 bis 0,60 M., Weißkohl pro Schock 3—8 M.

Obst. Aepfel, Borsdorfer p. 30 Kg. 18—20 M., Kochbirnen p. 35 Kilo 8—9 M., Weintrauben, spanische in Sextos ca. 20 Kilo netto 23—25 M., Zitronen, Messina 300 Stück 16—17 M.

Bromberg, 30. Nov. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 136—144 M., feinster über Notiz. — Roggen 110—120 M., feinster über Notiz. — Gerste nach Qualität 125—130 M. — Brau- 135—140 M. — Erbsen, Futter- 120—133 M. — Kocherbsen 145—160 M. — Hafer 135—142 M. — Spiritus 70er 29,25 Mark.

Marktpreise zu **Breslau** am 30. Novbr.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notirungs-Kommission.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	gering. Waare Höchster M. Pf.	gering. Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilo	14 90	14 70	14 40	13 90	12 90	12 40
Weizen, gelber		14 80	14 60	14 30	13 80	12 80	12 30
Roggen		13 10	12 80	12 60	12 30	12 10	11 80
Gerste		14 70	14 —	13 —	12 60	12 20	11 2[illegible]
Hafer		13 —	12 80	12 40	12 20	11 70	11 20
Erbsen		16 50	15 50	15 —	14 50	13 50	12 50

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission.

	feine	mittlere	ord. Waare	
Raps per 100 Kilogr.	23,10	22,—	20,—	Mark
Winterrübsen	22,30	21,30	20,20	„

Breslau, 30. Nov. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.)

Roggen p. 1000 Kilo —. Gekündigt — Ztr., abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Nov. 132,00 Br. Nov.-Dez. 132,00 Br. April-Mai 132,00 Gd. Hafer (p. 1000 Kilo) p Nov. 130,00 Br. Rüböl (p. 100 Kilo) p. Nov. 52,00 Br. April-Mai 52,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Prozent) ohne Faß: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gekündigt — Liter, abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Nov. 50er 48,70 Gd., Nov. 70er 29,2 Gd. Nov.-Dez. 29,20 Gd. April-Mai 30,60 Gd. Zink. Ohne Umsatz.

Die Börsenkommission.

Stettin, 30. Nov. Wetter: veränderlich. Temperatur + 4 Gr. R., Barom. 758 Mm. Wind: SW.

Weizen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 140—147 M., per Nov. 148 M. Br., per Nov.-Dez. 148 M. Br. und Gd., per April-Mai 153 M. bez., per Mai-Juni 154,5 M. Br., 154 M. Gd. — Roggen unverändert, per 1000 Kilo loko 120—126 M., per Nov. und Nov.-Dez. 127 M. bez., per April-Mai 132—131,5—132 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko Pomm. 130—140 M., Märker 132—142 M. — Hafer per 1000 Kilo loko Pomm. 134—137 M. — Rüböl matter, per 100 Kilogramm per Nov.-Dez. 50,75 M. Br., per April-Mai 51,25 M. Br. — Spiritus fester, per 10 000 Liter-Proz. loko ohne Faß 70er 30,3 M. bez., per Nov. und Nov.-Dez. 70er 29,8 M. nom., per April-Mai 70er 31,5 M. Gd., per Mai-Juni 70er 32 M. nom. — Angemeldet nichts. — Regulirungspreise: Weizen 148 M., Roggen 127 M., Spiritus 70er 29,8 M.

Landmarkt. Weizen 142—145 M., Roggen 124—128 M., Gerste 128—132 M., Hafer 140—145 M., Kartoffeln 27—34 M., Heu 2,5—3 M., Stroh 24—27 M. (Ostf.-Ztg.)

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	29. Nov.	30. Nov.
fein Brodraffinade	28,00 M.	28,00 M.
fein Brodraffinade	27,75 M	27,75 M.
Gem. Raffinade	27,25—28,25 M.	27,25—28,25 M.
Gem. Melis I.	26,25 M.	26,25 M.
Krystallzucker I.	—	—
Würfelzucker II.	29,00 M.	29,00 M.

Tendenz am 30. November, Vormittags 11 Uhr: Ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	29. Nov.	30. Nov.
Granulirter Zucker	—	—
Kornzuck. Rend. 92 Proz.	14,35—14,50 M.	14,35—14,50 M.
dto. Rend. 88 Proz.	13,60—13,80 M.	13,50—13,80 M.
Nachpr. Rend. 75 Proz.	11,00—11,70 M.	11,00—11,75 M.

Tendenz am 30. November, Vormittags 11 Uhr: Stetig.

** **Hamburg,** 29. Nov. [Kartoffelfabrikate.] Tendenz ruhig. Preise nominell. Kartoffelstärke. Primawaare prompt 19—19½ Mk., Lieferung 19—19½ Mk. — Kartoffelmehl Primawaare 19—19½ M., Lieferung 18¾—19¼ M., Superiorstärke 19½—20 Mk., Superiormehl 20—21 Mk., Dextrin, weiß und gelb prompt 27—28 M. — Capillar-Syrup 44 Bé, prompt 23—24 M. Traubenzucker prima weiß geraspelt 23½ bis 24½ M.

** **Leipzig,** 30. Nov. [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. p. Dezember 3,80 M., p. Jan. 3,80 M., p. Febr. 3,82½ M., p. März 3,85 M., p. April 3,85 M., p. Mai 3,7½ M., p. Juni 3,87½ M., p. Juli 3,87½ M., p. August 3,87½ M., per September 3,87½ M., per Oktober 3,87½ M., per November — M. Umsatz 100,000 Kilogramm.

Telegraphische Börsenberichte.

Wien, 30. Nov. Bei stillem Verkehr ziemlich fest, Staatsbahn, Bergwerksaktien höher. Lombarden schwach.

Oesterr. 4⅕% Papierr. 97,80, do. 5proz. 100,55, do. Silberr 97,50, do. Goldrente 115,40, 4proz. ung. Goldrente 113,45, 5proz. do. Papierr. 100,50, Länderbank 225,50, österr. Kreditakt. 317,00, ungar. Kreditaktien 363,50, Wien. Bk.-V. 114,50, Elbethalbahn 229,00, Galizier 216,75, Lemberg-Czernowitz 245,50, Lombarden 92,60, Nordwestbahn 212,00, Tabaksakt. 167,00, Napoleons 9,56, Marknoten 58,87½, Russ. Banknoten 1,17¾, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 108,00.

Paris, 30. Nov. (Schlußkurse.) Träge.

3prozentige amort. Rente 99,22½, 3proz. Rente 99,25, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 93,62½, öster. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 96,68, 3. Orient-Anl. 65,37, 4proz. Russen 1889 97,40, 4proz. Egypter 99,05, konv. Türken 21,62½, Türkenl. 89,80, Lombarden 213,75, do. Priorit. —,—, Banque Ottomane 593,00, Panama 5proz. Obligat. —,—, Rio Tinto 422,50, Tab. Ottom. 359,00, Neue 3proz. Rente —,—, 3proz. Portugiesen 23½, 3proz. Russen 80,05.

Privatdiskont 2¼ Proz.

Petersburg, 30. Nov. Wechsel auf London 101,10, Russ. II. Orientanl. 102¾, do. III. Orientanl. 105⅛, do. Bank für ausw. Handel 286, Petersburger Diskonto-Bank 484,00, Warschauer Diskonto-Bank —, Petersb. internat. Bank 455, Russ. 4½proz. Bodenkreditpfandbriefe 159¼, Gr. Russ. Eisenbahn 256½, Russ. Südwestbahn-Aktien 115½.

Buenos-Ayres, 29. Nov. Goldagio 179,50.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 1. Dez. Der Regierungspräsident von Liegnitz, Prinz Handjery, erklärt in einem Telegramm an den „Breslauer Generalanzeiger" die seinen Rücktritt betreffenden Blättermeldungen für vollständig aus der Luft gegriffen.

Wien, 1. Dez. (Abgeordnetenhaus. — Berathung des Dispositionsfond.) Gegen denselben sind zum Wort gemeldet: Prade, Biankini, Vasaty, Herold, Plener; dafür Romanczek. Prade erklärte Namens seiner Partei, er bewillige dem Staate das Budget, aber nicht der Regierung den Dispositionsfond, weil er ihr mißtraue.

Börse zu Posen.

Posen, 1. Dez. [Amtlicher Börsenbericht.] **Spiritus** Gekündigt —,— L. Regulirungspreis (50er) 48,60, (70er) 29,10. (Loko ohne Faß) (50er) 48,60, (70er) 29,10.

Posen, 1. Dez. [Privat-Bericht.] Wetter: mild. **Spiritus** matter. Loko ohne Faß (50er) 48,60, (70er) 29,10.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 1. Dezember (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen)

		Not.v.30			Not.v.30
Weizen fester			**Spiritus** matt		
do. Dezember	153 —	152 50	70er loko ohne Faß	31 50	31 60
do. April-Mai	154 50	154 25	70er Dez.-Jan.	30 80	30 80
			70er Jan.-Febr.	— —	30 80
Roggen fester			70er April-Mai	32 30	30 80
do. Dezember	133 25	133 25	70er Mai-Juni	32 60	32 40
do. April-Mai	134 50	134 25	70er Juni-Juli	33 10	32 70
Rüböl matter			50er loko ohne Faß	51 —	51 10
do. Dez.-Jan.	50 80	50 90	**Hafer**		
do. April-Mai	50 90	51 40	do. Dezember	140 25	140 50

Kündigung in **Roggen** 450 Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) — 000 Ltr., (50er) — 000 Ltr.

Berlin, 1. Dezember. **Schluß-Kurse.**

			Not.v.30
Weizen pr. Dezember		153 —	152 75
do.	April-Mai	154 75	154 25
Roggen pr. Dezember		133 25	133 —
do.	April-Mai	134 50	134 —
Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen)			Not.v.30
do.	70er loko	31 50	31 60
do.	70er Dez.-Jan.	30 80	31 30
do.	70er Jan.-Febr	30 80	30 90
do.	70er April-Mai	32 30	— —
do.	70er Mai-Juni	32 70	32 50
do.	70er Juni-Juli	33 20	32 90
do.	50er loko	51 —	51 10

		Not.v.30			Not.v.30
Dt.3% Reichs-Anl	85 80	86 —	Poln. 5% Pfdbrf	63 50	63 60
Konsolid. 4% Anl.	106 90	106 80	do. Liquid.-Pfdbrf.	62 25	61 30
do. 3½% „	100 20	100 20	Ungar. 4% Goldr.	95 90	96 —
Pos. 4% Pfandbrf	101 70	101 70	do. 5% Papierr.	85 70	85 30
Pos. 3½% do.	96 4	96 50	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	167 70	168 40
Pos. Rentenbriefe	103 —	103 —	Lombarden ultimo	39 40	39 50
Pos. Prov.-Oblig.	95 30	95 40	Disk.-Kommandit ultimo	181 —	183 25
Oesterr. Banknoten	169 85	169 85			
do. Silberrente	82 50	82 50	Fondsstimmung matt		
Russ. Banknoten	200 40	200 60			
R.4½%Bodk.Pfdbr	99 10	99 10			

Ostpr. Südb.E.S.A.	69 50	70 —	Schwarzkopf	219 30	219 —
Mainz. Ludwhf. do.	110 10	111 10	Dortm.St.-Pr. L. A.	58 20	58 50
Marienb.-Mlaw do.	59 —	59 50	Gelsenkirch. Kohlen	138 —	138 90
Griech. 4% Goldr.	50 70	49 90	Inowrazl. Steinsalz	34 50	34 [illegible]
Italienische Rente	92 70	92 80	Ultimo:		
Mexik. neue A. 1890	78 80	80 90	It. Mittelm.E.St.A.	103 —	103 10
Russ.4%kf. Anl. 1880	96 80	96 75	Schweizer Zentr.	115 40	115 50
do. zw. Orient-Anl.	63 80	63 90	Warsch. Wiener	193 2[illegible]	198 50
Rum. 4% Anl. 1880	82 —	82 —	Berl. Handelsgesell.	132 40	133 75
Serbische R. 1885	76 10	76 10	Deutsche Bank-Akt.	158 40	159 25
Türk. 1% konf. Anl.	21 50	21 6[illegible]	Königs- u. Laurah.	99 75	99 40
Disk. Komm. B. A.	181 60	183 50	Bochumer Gußstahl	119 60	12[illegible] 75
Pos. Spritfabr. B. A.	— —	— —			

Nachbörse: Kredit 167 60, Diskonto-Kommandit 180 40 Russische Noten 200 [illegible]0.

Stettin, 1. Dezember (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Nt.v.30			Not.v.30
Weizen matt			**Spiritus** unveränd.		
do. Dezember	147 —	148 —	per 70 M. Abg.	30 20	30 30
do. April-Mai	152 50	153 —	„ Dezember „	29 60	29 80
Roggen unveränd.			„ April-Mai „	31 50	31 50
do. Dezember	127 —	127 —	**Petroleum** *)		
do. April-Mai	132 —	132 —	do. per loko	10 10	10 10
Rüböl geschäftlos					
do. Dezember	50 75	50 75			
do. April-Mai	51 25	51 25			

*) **Petroleum** loko versteuert Usance 1¼ pCt.

Wetterbericht vom 30. Novbr., 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.		Wetter.		Temp. i. Cels. Grad
Mullaghmor.	766	WNW	6	wolkig		5
Aberdeen	756	WNW	7	wolkig		1
Christiansund	737	WNW	8	bedeckt		5
Kopenhagen	748	WSW	4	Dunst		4
Stockholm.	742	SW	4	heiter		3
Haparanda	728	SW	4	heiter		0
Petersburg	745	SW	2	halb bedeckt		3
Moskau	757	SSW	1	bedeckt		— 3
Cork Queenst.	770	WNW	3	heiter		4
Cherbourg.	767	NW	5	bedeckt		9
Helder	758	WNW	9	wolkig		7
Sylt	751	WNW	7	wolkig	¹)	2
Hamburg	755	W	7	halb bedeckt		3
Swinemünde	754	SW	5	bedeckt		3
Neufahrw.	754	SW	6	bedeckt		2
Memel	752	SW	5	bedeckt		4
Paris	—					
Münster	764	SW	4	Regen		5
Karlsruhe.	766	SW	4	Regen		3
Wiesbaden	764	SW	2	bedeckt	²)	3
München	766	W	1	heiter	³)	— 2
Chemnitz	760	WSW	5	bedeckt	⁴)	0
Berlin	758	SW	4	bedeckt	⁵)	2
Wien	769	W	1	Nebel		—11
Breslau	761	SSO	1	wolkenlos		— 6
Ile d'Aix	—					
Nizza	—					
Triest	769	still		wolkenlos		— 3

¹) Stürmische Hagel und Regenböen. ²) Nachts Regen, neblig. ³) Neblig. ⁴) Dunst. ⁵) Nachts Schnee und Regen.

Uebersicht der Witterung.

Ein neues tiefes Minimum ist über Nordskandinavien erschienen und veranlaßt in Wechselwirkung mit dem hohen Luftdruck über Südeuropa über der südlichen Nordsee stürmische westliche, über der südlichen Ostsee mäßige bis starke südwestliche Winde, deren Auffrischen wahrscheinlich ist; im Nordwesten der Britischen Inseln hat der Luftdruck sehr stark zugenommen. In Deutschland ist das Wetter trübe und ziemlich warm, nur an der Südostgrenze herrscht noch leichter Frost. Vielfach ist Niederschlag gefallen. Vlissingen meldet Gewitter.

Deutsche Seewarte.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.